

## Trauer um getötete Guerillakämpfer

**DIYARBAKIR.** Mit einem Generalstreik ehrten die Bewohner der kurdischen Metropole Diyarbakir sowie mehrerer Nachbarstädte im Südosten der Türkei am Mittwoch vier von der türkischen Armee getötete Guerillakämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Viele Läden und Werkstätten blieben geschlossen, Studenten boykottierten den Unterricht, und der öffentliche Nahverkehr stoppte während der von der prokurdischen »Partei für Frieden und Demokratie« BDP durchgeführten Trauerfeiern. Insgesamt sieben Guerillakämpfer waren vergangene Woche bei Militäroperationen in der Bergprovinz Dersim getötet worden, obwohl sie sich in passiver Verteidigungsstellung befanden.

Nick Brauns

## Al-Qaida-Mitglied getötet

**MOSKAU.** Russische Sicherheitskräfte haben nach Angaben des nationalen Antiterrorkomitees einen führenden Al-Qaida-Aktivisten in Tschetschenien getötet. Der türkische Staatsbürger Doger Sevdet alias Abdullah Kurd habe als »Gesandter des Terrornetzwerks Al-Qaida im Nordkaukasus« die Aktionen ausländischer Rebellen in der Region koordiniert, teilte das Komitee am Mittwoch in einer über die russischen Nachrichtendiensten verbreiteten Erklärung mit. (AFP/JW)

## Grubenunglück in Mexiko

**SAN JUAN DE SABINAS.** Ein Grubenunglück hat in Mexiko mindestens fünf Menschen das Leben gekostet. Neun weitere wurden nach einer gewaltigen Gasexplosion am Dienstag noch vermisst. Für ihre Rettung bestand wenig Hoffnung, wie die Einsatzkräfte erklärten. Das Unglück ereignete sich in San Juan de Sabinas im Staat Coahuila in einer Tiefe von rund 60 Metern. Die Grube wurde erst vor gut einem Monat in Betrieb genommen. 25 Arbeiter waren dort beschäftigt. (dapd/JW)

## Hinrichtung mit Tiernarkosemittel

**WASHINGTON.** Im US-Bundesstaat Texas ist erstmals ein zum Tode verurteilter Mörder mit Tierbetäubungsmittel hingerichtet worden. Dem 46jährigen Cary Kerr sei am Dienstag (Ortszeit) ein tödlicher Cocktail gespritzt worden, in dem unter anderem eine Dosis Pentobarbital enthalten gewesen sei, teilten die Justizbehörden mit. 16 Minuten später sei der Häftling für tot erklärt worden.

Texas ist damit nach Ohio und Oklahoma der dritte US-Bundesstaat, der Tierbetäubungsmittel bei Hinrichtungen einsetzt. Grund sind angeblich Lieferschwierigkeiten bei dem bisher verwendeten Medikament Thiopental. (AFP/JW)

# Atomlobby setzt sich durch

Kein Streß – EU verwässert Sicherheitscheck für Kernkraftwerke. Von Reimar Paul

Ist Fukushima zu weit weg? Der Unfall schon zu lange her? Knapp acht Wochen nach Beginn der Atomkatastrophe in Japan will die Europäische Union den Sicherheitscheck für europäische AKW viel laxer ausfallen lassen, als zunächst angekündigt. Wie die *Süddeutsche Zeitung* am Mittwoch berichtete, plant Brüssel, in den beabsichtigten »Streßtests« nur noch Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen oder extreme Temperaturschwankungen simulieren zu lassen.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger hatte Ende März mit erster Miene die Überprüfung aller 146 Atomkraftwerke in der EU angekündigt. Alle denkbaren Unfallszenarien wie Flugzeugabstürze, terroristische Anschläge und menschliches Versagen sollten einbezogen werden. Grundlage der nun stark verwässerten Vorgaben ist angeblich ein Vorschlag der

»Vereinigung der Westeuropäischen Aufsichtsbehörden«. In einigen EU-Staaten wie Deutschland sind die Länder und letztinstanzlich der Bund für die Atomaufsicht zuständig, in anderen Ländern machen diesen Job halbstaatliche, teils mit der Atomindustrie verbundene Einrichtungen.

»Wenn die Erfahrungen des Unfalls in Fukushima auch die Notfallmaßnahmen für den Schutz der Öffentlichkeit betreffen (Feuerwehr, Polizei und Gesundheitsversorgung), ist dies nicht Teil dieser Streßtests«, zitiert die *Süddeutsche* aus dem Papier der Aufsichtsbehörden. Zu diesen Komplexen sollen die AKW-Betreiber lediglich einen Bericht zu möglichen Gefahren verfassen und an die EU-Kommission senden. Unabhängige Fachleute dürften die Kraftwerke nicht betreten.

Die europäischen Energieminister berieten am Dienstag im ungarischen

Gödöllö über den Vorschlag. Dem Zeitungsbericht zufolge zeichnete sich dabei ab, daß sie auf den Kurs der Atomlobby einschwenken und die AKW nur noch auf mögliche Naturkatastrophen testen wollen. Länder, die strengere Tests wollten, könnten diese freiwillig durchführen, hieß es.

Neben den Betreibern sollen vor allem die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens abgespeckte »Streßtests« gefordert haben. In diesen beiden Ländern laufen die meisten AKW in Europa – in Frankreich sind es 58, in Großbritannien 19. Paris und London hatten erklärt, trotz des Unglücks von Fukushima auch künftig verstärkt Atomkraft zu nutzen. London kündigte nun zudem an, die Ergebnisse der britischen AKW-Streßtests nicht zu veröffentlichen.

Bei Europa-Politikern aus Deutschland stößt das EU-Vorhaben auf hefti-

ge Kritik. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms, sprach von einer »gefährlichen Reduzierung«. Oettinger breche sein Versprechen, die europäischen Atomkraftwerke sicherer zu machen und neue, einheitliche Standards zu entwickeln. Die Europaabgeordnete der CSU Angelika Niebler (CSU) sagte: »Wir müssen alle Szenarien für Katastrophen testen, egal, ob sie von Menschen oder der Natur verursacht werden.«

Schärfer äußerte sich die Linke. »Terroranschläge, unvorhergesehene Stromausfälle, menschliches Versagen und Flugzeugabstürze bei den Sicherheitsüberprüfungen der Atomreaktoren auszunehmen, ist, als würde man beim Auto-TÜV auf die Überprüfung der Bremsen und der Lenkung verzichten«, sagte Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im hessischen Landtag.

## ÖSTERREICH: FREISPRUCH NACH MONSTERPROZESS GEGEN TIERRECHTLER

**WIEN.** Nach 95 Verhandlungstagen und der Vernehmung von 126 Zeugen ist am vergangenen Montag in Österreich ein von den dortigen Medien vielbeachtetes Monsterverfahren gegen Tierrechtler für Freisprüche zu Ende gegangen. Dem Prozeß vorausgegangen war eine Großrazzia der österreichischen Polizei am 21. Mai 2008. Bewaffnete Spezialeinheiten stürmten damals 23 Wohnungen, Häuser und Büros, die mit Tierrechtsaktivitäten in Verbindung gebracht wurden. Begründet wurde der Rundumschlag mit dem Vorwurf der »Bildung einer kriminellen Organisation« gemäß Paragraph 278a des österreichischen Strafgesetzbuches.

Konkrete Vorwürfe gegen die Beschuldigten gab es nicht, lediglich »Aktivitäten zur Förderung der Ziele« der angeblichen kriminellen Vereinigung, darunter etwa die Anmeldung von Demonstrationen, das Verfassen von Artikeln oder Aktionen des zivilen Ungehorsams wurden ihnen angelastet. Konkrete Straftaten sollten von »unbekannten Mittätern« begangen worden sein.

Kritiker der österreichischen Strafjustiz sehen sich durch das Verfahren in ihrer Befürchtung bestätigt, daß die Anwendung dieses Paragraphen der Kriminalisierung und Überwachung von sozialen und politischen Bewegungen Tür und Tor öffnet. Zudem zeige sich an dem Gesche-



JOBERG KOCH/DPD

hen die Verflechtung von staatlichen und wirtschaftlichen Interessen in Österreich: So sei die polizeiliche Sonderkommission »Bekleidung/Pelztier« im April 2007 erst auf Betreiben der österreichischen Bekleidungsindustrie eingerichtet worden, die sich durch Aktivitäten der Tierrechtsakti-

visten zunehmend gestört fühlte.

Seit März 2010 war der auch international von Protesten begleitete Prozeß (unser Foto: Aktion im März 2010 in München) in Wiener Neustadt gegen 13 Personen im Gange. Über ein Jahr später sprach Richter Sonja Arleth nun ihr Urteil: Züge

einer kriminellen Vereinigung seien nicht festzustellen, bei den Tätigkeiten der Beschuldigten handle es sich lediglich »um eine Protestkultur, die im Gegensatz zu den Interessen der Polizei steht«. Freispruch aller Angeklagten in allen Punkten.

Matthias Rude

## Bolivianisches Bündnis für Arbeit

Mit »Beerdigung« des Neoliberalismus-Gesetzes Nr. 21060 will Regierung Morales die Gewerkschaft versöhnen

Um die Beziehung zwischen den bolivianischen Gewerkschaften und der Regierung Evo Morales stand es zuletzt nicht zum besten. In den vergangenen Wochen war es wegen Lohnforderungen und persönlichen Nicklichkeiten wiederholt zu gegenseitigen Anfeindungen gekommen. Ende Februar hatte die zwei Millionen Mitglieder starke Dachgewerkschaftszentrale »Arbeiterzentrale Boliviens« (COB) sogar einen zehntägigen Generalstreik durchgeführt, um ihren Forderungen Gewicht zu verleihen. Teile der Oppositionsmedien und einige Politiker unkten sogar schon vom »Ende des Bündnisses COB-MAS«.

Diese Gefahr dürfte seit dem 1. Mai fürs erste gebannt sein. Pünktlich zum

Tag der Arbeit hat Boliviens Linksregierung einen Schritt in Richtung der COB gemacht. In Anwesenheit Hunderter Beschäftigter des staatlichen Bergwerkunternehmens COMIBOL nahe der Zinnmine von Huanuni im Departamento Oruro hat Morales ein Dekret unterschrieben, mit welchem das bei den Gewerkschaften wenig beliebte sogenannte »neoliberale Gesetz Nr. 21060« außer Kraft gesetzt wird. Die im Jahre 1985 von Präsident Víctor Paz Estenssoro verabschiedete Regelung gilt als rechtliche Grundlage für zahlreiche Privatisierungen und als Symbol für die Abkehr vom starken Staat und dem Beginn der Deindustrialisierung des Landes.

»Die plurinationale Regierung bestimmt die komplette Eliminierung

jeglicher rechtlicher Verfügungen und Betrachtungen auf Grundlage des Präsidialdekrets Nr. 21060«, heißt es deutlich in der Verordnung.

Auch weiteren gesetzlichen Relikten aus früheren Zeiten hat Morales den Kampf angesagt. Ab sofort werde eine Arbeitsgruppe die gesamte Gesetzgebung des Landes auf »neoliberale Überreste« prüfen. Das »ökonomische, politische und soziale Modell im Geiste des Dekrets 21060 soll zerschlagen werden«. Besonderes Augenmerk soll dabei auf das Investitions- und Bankenrecht, Exportbestimmungen sowie Regelungen in den Sektoren Bergbau, Banken und Waldwirtschaft gelegt werden.

Kaum angenähert, bahnt sich allerdings neuer Streit zwischen der

COB und der Linksregierung an. Eine ebenfalls am 1. Mai von der Regierung beschlossene Lohnerhöhung für Angestellte der staatlichen Energiefirma YPFB sorgt erneut für böses Blut. Die COB kritisiert, daß die hochqualifizierten YPFB-Experten nach einem zehn Jahre langen Lohnstopp nun zwischen 50 und 70 Prozent mehr verdienen sollen, die im staatlichen Sektor beschäftigten Bergleute und ihre Kollegen von Polizei und Armee jedoch nur Gehaltserhöhungen in Höhe von zehn Prozent bekommen. »Es gibt also Arbeiter erster, zweiter und dritter Klasse«, warf der scheidende COB-Generalsekretär Pedro Montes am Wochenende der Regierung vor.

Benjamin Beutler